

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

9. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. Oktober 2000, 11:00 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

in Vertretung von Arno Jahner

Gisela Böhrk (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (F.D.P.)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Arno Jahner (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Chancen und Probleme der EU-Erweiterung aus Sicht der Beitrittskandidaten	4
Herr Andris Teikmanis, Botschafter der Republik Lettland Herr Prof. Dr. Vaidievtis Geralavicius, Botschafter der Republik Litauen Herr Agur Benno, II. Botschaftssekretär, Botschaft der Republik Estland Herr Konsul Jerzy Jedrzejewski, Republik Polen	
2. Bericht über die STRING-Konferenz Anfang September in Malmö	10
AL Kindsmüller, Leiter der Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten in der Staatskanzlei	
3. Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen	13
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/82 Beschlussvorlage der Abgeordneten des SSW Umdruck 15/265	
4. Ostseekooperation	14
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/202 Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/263	
5. Verschiedenes	15

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 11:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Chancen und Probleme der EU-Erweiterung aus Sicht der Beitrittskandidaten

Herr Andris Teikmanis, Botschafter der Republik Lettland

Herr Prof. Dr. Vaidievtis Geralavicius, Botschafter der Republik Litauen

Herr Agur Benno, II. Botschaftssekretär, Botschaft der Republik Estland

Herr Konsul Jerzy Jedrzejewski, Polen

Der Vorsitzende begrüßt die Vertreter der baltischen Staaten und der Republik Polen als Gäste zur Sitzung und weist auf die bevorstehende Reise des Ausschusses nach Brüssel hin, bei der das Thema EU-Erweiterung eine große Rolle spielen werde.

Zunächst berichtet **Herr Teikmanis, Botschafter der Republik Lettland**, aus der Sicht Lettlands über Chancen und Probleme des Landes im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung als potentielles Beitrittsland.

Er führt aus, der Weg Lettlands in die EU habe schon kurz nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1990/91 mit verschiedenen Verträgen mit der Europäischen Union begonnen. Vor einem Jahr habe das Land die Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen. Als Ziel habe sich das Land gesetzt, bis zum Jahr 2003 alle Verhandlungen abzuschließen. Im Mittelpunkt der Vorbereitungen stünden zurzeit die Erhöhung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung, die Übernahme der Aquis Communautaire, die wirtschaftliche und regionale Zusammenarbeit und die Stärkung des Rechtsstaates.

Botschafter Teikmanis berichtet, der EU-Beitritt finde in Lettland bei der Bevölkerung und bei allen im Parlament vertretenen Parteien eine breite Unterstützung.

In einem kurzen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes weist Botschafter Teikmanis unter anderem darauf hin, dass schon jetzt der Außenhandel Lettlands stark auf die EU ausgerichtet sei. Die Inflationsrate des Landes sei in den letzten sieben Jahren stets gesunken und liege zurzeit bei 2,2 %. Das Bruttoinlandsprodukt habe in diesem Jahr einen Anstieg um 1,5 % erfahren und belege damit, dass Lettland die Auswirkungen der russischen Krise auf das Land völlig über-

wunden habe. Auch die Arbeitslosenquote, die in der Zeit der russischen Krise angestiegen sei, sinke inzwischen jährlich wieder ab, zurzeit liege sie bei 7,2 %. Als wichtigsten Handelspartner nennt Herr Teikmanis die Bundesrepublik Deutschland. Der Handel mit Russland spiele dagegen nur eine geringe Rolle. Allerdings erhoffe man sich mit einer Stabilisierung der Lage in Russland auch wieder einen zunehmenden Handelsumsatz. Herr Teikmanis fährt fort, die Privatisierung in Lettland sei inzwischen fast abgeschlossen und die Gesetzgebung im Bereich der kommerziellen Tätigkeit und Förderung der Marktwirtschaft entspräche den Richtlinien der EU. Auch die politischen Vorgaben, die Kriterien von Kopenhagen, seien vom Land ohne Probleme erfüllt worden.

Botschafter Teikmanis fasst zusammen, Lettland, die baltischen Staaten insgesamt, stellen für die EU sicherlich kein Problem dar. Dies sei vor allem aus der Entwicklungsdynamik abzulesen.

Neben dem Wunsch, in die EU einzutreten - führt Botschafter Teikmanis aus - strebe Lettland natürlich auch die Mitgliedschaft in der NATO an. Der Beitritt zur NATO gestalte sich politisch etwas komplizierter und sei nicht allein vom Land und seiner Entwicklung abhängig, sondern auch von anderen Ländern. Lettland sei aber überzeugt, dass ohne die Mitgliedschaft der baltischen Staaten in der NATO keine stabile Sicherheitszone in Europa geschaffen werden könne.

Abschließend hebt Botschafter Teikmanis die guten Beziehungen seiner Landes zu Schleswig-Holstein und die darin liegenden Entwicklungspotentiale hervor.

Prof. Dr. Geralavicius, Botschafter der Republik Litauen, knüpft an die Ausführungen seines Vorredners an, und führt aus, dass auch Litauen schon seit Beginn seiner Unabhängigkeit enge Beziehungen zur Europäischen Union pflege und frühzeitig die Zusammenarbeit mittels Verträgen gesucht habe. Er berichtet, dass der Beitritt Litauens zur EU seit 1990 eindeutig Priorität in der Außen- und Innenpolitik des Landes habe. Die Beitrittsverhandlungen liefen bis jetzt sehr gut und zeigten, dass Litauen auf einem guten Weg in die Europäische Union sei. Nicht zuletzt auch die Krise in Russland habe bestätigt, dass die Stabilisierung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft in Litauen gelungen sei.

Die wirtschaftliche Situation des Landes - so fährt Botschafter Prof. Dr. Geralavicius fort - stelle sich positiv dar. So weise Litauen die niedrigste Inflationsrate in der Europäischen Union auf und auch die Staatsverschuldung sei mit weniger als 23 % des Bruttoinlandsproduktes niedriger als in den Staaten der Europäischen Union. Die Wirtschaftsdaten seien also sehr positiv und ließen auf einen guten und großen Zuwachs in den nächsten Jahren hoffen.

Botschafter Prof. Dr. Geralavicius führt weiter aus, dass der Beitritt Litauens zur EU die Zustimmung des großen Teils der Bevölkerung genieße. Nur etwa 13 % der Bevölkerung seien EU-Skeptiker,

die restlichen 67 % seien im allgemeinen für die EU - auch wenn nach den letzten Umfragen nur etwa 47 % der Bevölkerung einem Beitritt zum jetzigen Zeitpunkt zustimmen würde. Wichtig sei es, die Menschen in Litauen davon zu überzeugen, dass mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht die Menschen aus dem Westen in das Land strömten, um die schönsten Grundstücke aufzukaufen und sie mit Stacheldraht einzuzäunen. Aber die Länder der Europäischen Union müssten ihrerseits ihre Bevölkerung davon überzeugen, dass die EU-Erweiterung nicht zum Verlust von Arbeitsplätzen im Land und massiven Zuwanderungsströmen führen werde. Es müsse deutlich werden, dass die Osterweiterung nicht ein Geschenk für die osteuropäischen Staaten sei, sondern eine große Chance für ganz Europa.

Abschließend erklärt Botschafter Prof. Dr. Geralavicius, das Land sei zuversichtlich, in nächster Zukunft ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum zu erfahren, deshalb sei er sich sicher, dass Litauen ein erfolgreiches und gutes Mitgliedsland in der Europäischen Union werden werde.

Herr Benno, II. Botschaftssekretär der Botschaft der Republik Estland, entschuldigt zunächst, dass die Botschafterin nicht persönlich an der Sitzung des Ausschusses teilnehmen könne, da sie an wichtigen Vorbereitungen des anstehenden Staatsbesuches des estnischen Staatspräsidenten teilnehmen müsse, die heute stattfänden.

In seiner Stellungnahme zu den Chancen und Problemen der EU-Erweiterung aus der Sicht Estlands beginnt Botschaftssekretär Benno mit der Feststellung, dass das, was seine beiden Botschafterkollegen schon dargelegt hätten, für alle drei baltischen Staaten, also auch für Estland gelte. Deshalb werde er sich in seinem Vortrag auf die letzten Ereignisse bei den Vorbereitungen des Beitritts Estlands zur Europäischen Union beschränken.

Im Folgenden beschreibt Botschaftssekretär Benno den Aufbau der verschiedenen Kommissionen und Organisationen in Estland, die die Vorbereitungen des Beitritts zur Europäischen Union begleiteten. Außerdem nennt er die einzelnen Kapitel, in denen Estland bereits die Verhandlungen mit der Europäischen Union eröffnet habe und geht beispielhaft auf einzelne Verhandlungsbereiche ein. So gebe es zum Beispiel große Fortschritte bei der Seefahrtssicherheit. Die Zahl der Schiffe, die wegen Sicherheitsmängeln in den Häfen gestoppt werden mussten, sei in den letzten fünf Jahren von 250 auf fünf gesunken. In den übrigen Bereichen gebe es im Großen und Ganzen keine Probleme, vorausgesetzt, man könne den Zeitplan für die Einführung der einzelnen Maßnahmen auch einhalten. Probleme bei der Verhandlung einzelner Kapitel seien in erster Linie technischer Art. Wenn man diese überwunden habe, könne man in eine qualitativ neue Phase der Verhandlungen eintreten.

Botschaftssekretär Benno schließt seine Ausführungen mit der Bemerkung, auch Estland sei auf einem guten Weg in die Europäische Union. Die bisherigen Verhandlungen seien gut und erfolgreich verlaufen.

Konsul Jędrzejewski beginnt seine Ausführungen zu den Chancen und Problemen der EU-Erweiterung aus der Sicht Polens mit einigen Daten zur Wirtschaft der **Republik Polen**. Er führt aus, das Bruttoinlandsprodukt sei in den letzten Jahren stets gewachsen, 1999 habe Polen einen Zuwachs von 4,1 % gehabt. Die Inflationsrate des Landes habe im letzten Jahr unter 10 % gelegen. Die Privatisierung habe sich weiter durchgesetzt und auch der Außenhandel habe seine Position gestärkt. Leider habe sich dadurch die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht positiv beeinflussen lassen. Die Zahl der Beschäftigten habe sich im letzten Jahr verringert und somit sei die Arbeitslosenquote angestiegen. Mit dieser schlechten Tendenz werde sich das Land in Zukunft beschäftigen müssen.

Er fährt fort, eine wichtige Entscheidung - die grundlegendste und schwierigste Polens seit der Wende - sei die Verwaltungs- und Gebietsreform gewesen. An die Stelle der bisherigen 49 Woiwodschaften seien 16 neue Regierungsbezirke getreten, die dem Land eine föderative Struktur gäben. Damit werde die Selbstverwaltung der einzelnen Regierungsbezirke gestärkt.

Konsul Jędrzejewski berichtet, auch Polen habe die Krise in Russland getroffen. Zwar finde nur 8 % des Exports des Landes nach Russland statt, dies seien aber sehr wichtige 8 %. Insgesamt sei Deutschland zusammen mit anderen Ländern der EU der wichtigste Handelspartner des Landes.

Abschließend fasst Konsul Jędrzejewski zusammen, vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union müsse noch viel im Land getan werden, zum Beispiel im Hinblick auf Zoll- und Grenzkontrollen, unterschiedliche Normen und Standards und im Bereich des Steuersystems. Polen erhoffe sich von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union eine erhöhte außenpolitische Sicherheit, mehr Einfluss auf die Entscheidungen der Union und die Beteiligung an der politischen Arbeit in Europa. Gleichzeitig - so betont Konsul Jędrzejewski - vertrete Polen aber auch die Meinung, dass die Mitgliedschaft des Landes auch der Europäischen Union sowohl in politischer und wirtschaftlicher als auch in kultureller Hinsicht große Vorteile bringen werde. Polen bringe die Politik einer stabilen Zusammenarbeit mit, die geopolitische Lage an den Grenzen zu West und Ost, einen großen Absatzmarkt und eine Reihe von Standortvorteilen. Deshalb könne festgestellt werden: Polen braucht die EU, aber die EU braucht auch Polen.

Konsul Jędrzejewski schließt mit der Bemerkung, die polnische Regierung sei sich dessen bewusst, dass möglichst viele Anpassungsprozesse noch vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union vollendet werden müssten. Am 8. Oktober 2000 sei in Polen bei den Präsidentschaftswahlen der alte Präsident wieder gewählt worden. Das bedeute, dass es eine breite Zustimmung der Bevölkerung zur

bisherigen Politik gebe. In Polen werde deshalb dieselbe Außenpolitik weitergeführt, Ziel sei es weiterhin, einen möglichst schnellen Beitritt zur Europäischen Union zu erreichen.

In der anschließenden **Aussprache** möchte zunächst Abg. Benker wissen, ob es in den baltischen Staaten und Polen die Möglichkeit einer Volksabstimmung über die Frage des Beitritts zur Europäischen Union gebe. Botschafter Prof. Dr. Geralavicius und Botschafter Teikmanis sowie Konsul Jedrzejewski bestätigen, dass die Verfassungen der Länder eine Volksabstimmung für den Fall des Beitritts zur Europäischen Union vorsehen. Alle drei weisen darauf hin, dass zurzeit die Mehrheit der Bevölkerung in den Ländern für einen Beitritt stimmen würde. Konsul Jedrzejewski ergänzt, dass in Polen in Zukunft verstärkt darüber aufgeklärt werden müsse, welche positiven, aber auch welche negativen Effekte der Beitritt Polens zur Europäischen Union haben werde.

Abg. Böhrk fragt, wie die Vertreter der Länder die Situation Kaliningrads im Zuge der Osterweiterung sähen. Botschafter Prof. Dr. Geralavicius führt aus, dass Kaliningrad für Litauen außerordentlich wichtig sei und sich deshalb Litauen mit Investitionen im Kaliningrader Gebiet dafür einsetze, dass Kaliningrad keine Insel der Instabilität bleibe, sondern sich politisch und wirtschaftlich weiterentwickle.

Abg. Ritzek führt aus, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hänge zwar hauptsächlich von wirtschaftlichen Kriterien ab, die zu erfüllen seien, daneben dürfe aber nicht vergessen werden, dass die Europäische Union auch eine Friedensunion sein. Deshalb müsse versucht werden, Russland verstärkt einzubeziehen. Er fordere deshalb die Vertreter der baltischen Staaten und Polens auf, ihre Nähe und ihre Erfahrungen in der Vergangenheit zu nutzen, die Verbindungen zu Russland zu verbessern und weiter auszubauen, und damit Russland in den Integrationsprozess einzubeziehen. Botschafter Teikmanis erklärt, dass Lettland und auch die anderen baltischen Staaten schon Erfahrungen mit europäischen Friedensmissionen gesammelt hätten. Bezüglich Russlands könne er versichern, die lettischen Unternehmen würden auch in Zukunft jede geringste Chance nutzen, gute Wirtschaftsbeziehungen mit dem Land aufzubauen. Dies hänge aber natürlich in erster Linie von der wirtschaftlichen Lage in Russland, nämlich der Zahlungsfähigkeit ab. Konsul Jedrzejewski ergänzt, auch Polen werde sich in Zukunft weiter bemühen, die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland auszubauen. Botschafter Prof. Dr. Geralavicius führt aus, der Handel mit anderen Staaten laufe - falls der Staat dies nicht behindere - selbstständig, sobald die entsprechenden Handelsvoraussetzungen bestünden. Das einzige Problem Russlands sei seine Zahlungsfähigkeit.

Abg. Behm stellt die Frage, wie die Akzeptanz der russischen Föderation zu den Bestrebungen der Länder sei, Mitglied in der Europäischen Union und in der NATO zu werden. Botschafter Teikmanis antwortet, bezüglich des Beitritts der baltischen Staaten zur Europäischen Union habe Russland offiziell keine Bedenken geäußert, auch wenn die praktischen Schritte Moskaus diese positive Haltung

Moskaus nicht immer bestätigten. Anders sehe es bei dem Beitrittswunsch der baltischen Staaten zur NATO aus. Hier zeige Russland noch immer dieselbe Haltung wie zurzeit des kalten Krieges. Da sei immer noch die Rede von „roten Linien“ und „Einflusszonen“ - Ausdrücken, die in Europa eigentlich schon längst in Vergessenheit geraten seien. Botschafter Prof. Dr. Gerasimov ergänzt abschließend, Russland spreche sich offiziell zwar gegen die Mitgliedschaft der baltischen Staaten in der NATO aus. Aber Russland habe sich damals auch gegen eine Mitgliedschaft von Polen, Tschechien und Ungarn ausgesprochen. Diese seien inzwischen Mitglieder geworden, ohne dass etwas passiert sei. Er hoffe deshalb, dass auch im Fall der baltischen Staaten die Aussage Russlands nicht überbewertet werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über die STRING-Konferenz Anfang September in Malmö

AL Kindsmüller, Leiter der Abteilung für Europa- und Ostseeangelegenheiten in der Staatskanzlei weist zu Beginn seines Berichtes über die Konferenz, die am 5. September 2000 in Malmö stattgefunden habe, auf die Broschüre „Inventing New Geography - Mögliche Strategien für den südwestlichen Ostseeraum“ hin, die an die Abgeordneten verteilt worden sei. In der Broschüre seien die bisherigen Ergebnisse der Initiative mit dem Ziel, ein transregionales Entwicklungskonzept für die Regionen der Øresund-Region, Westseeland, Storstrøm, Hamburg und Schleswig-Holstein zu schaffen, schriftlich niedergelegt.

Er führt aus, noch stehe man am Anfang des Ziels, ein geschlossenes Gebiet zwischen diesen Regionen zu schaffen und eine europaweit führende Region - insbesondere auf dem Gebiet der Wissensgesellschaft - zu werden. Im Rahmen der Zusammenarbeit im Projekt habe man ein Entwicklungskonzept für die Region geschaffen, das auf drei miteinander in Wechselbeziehung stehenden Werten aufbaue, nämlich auf Nachhaltigkeit, Unternehmertum und Innovation.

AL Kindsmüller weist auf die großen Potentiale der Regionen hin. Er erklärt, diese bestünden zum Teil noch nebeneinander, die Verbindungen zwischen den Regionen seien noch nicht stark ausgeprägt. So habe - nehme man alle Regionen zusammen - dies STRING-Region den drittbedeutendsten Hochschulstandort Europas. Dies werde aber erst dann zum Vorteil, wenn die Hochschulen vernetzt würden.

Eines der Ergebnisse der Konferenz im September sei dann auch gewesen - so fährt AL Kindsmüller fort -, dass die Potentiale der einzelnen Regionen stärker miteinander vernetzt werden müssten, damit eine Spitzenposition unter den Regionen Europas erreicht werden könne.

Im Mittelpunkt der Fragen, die auf der Konferenz diskutiert worden seien, habe unter anderem die Verkehrsinfrastruktur gestanden. Die Partner hätten sich noch einmal vehement für die feste Fehmarnbelt-Querung ausgesprochen. Darüber hinaus habe man festgestellt, dass der Verkehr insgesamt durch stärkere Kooperation und bessere Logistik beschleunigt werden könne und müsse. Außerdem wolle man eine Mobilität fördern, die die Umwelt weniger belaste und eine Wettbewerbsalternative zum Individualverkehr biete.

AL Kindsmüller berichtet weiter, für die weitere Arbeit seien auf der Konferenz sieben Felder festgelegt worden, auf denen nun Handlungskonzepte und Aktionen entwickelt werden sollten. Die sieben Strategieschwerpunkte seien Wirtschaftsentwicklung in der New Economy; Mobilität von Menschen; Infrastruktur; Kultur; Wissensaustausch; Umwelt, Natur und Landwirtschaft und Lerngesellschaft. Er erklärt, in der verbleibenden Laufzeit des Projektes bis Ende nächsten Jahres würden nun ganz konkrete Aktionen zu diesen sieben Handlungsfeldern entwickelt, die dann Mitte nächsten Jahres beschlossen werden sollten. Die Erarbeitung der Aktionen werde ab November dieses Jahres in verschiedenen Arbeitsgruppen erfolgen, in denen Vertreter der beteiligten Regionen - aus Schleswig-Holstein Vertreter der Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft - vertreten seien. Im Anschluss an das STRING-Konzept, das Ende nächsten Jahres auslaufe, sei geplant, die Projekte, die von der Politik beschlossen werden sollten, in weiteren Aktionen umzusetzen, sodass in ein paar Jahren eine gemeinsame Infrastruktur und Kooperation zum Beispiel im Hochschulbereich erreicht sein werde.

Als Beispiele der Kooperation nennt AL Kindsmüller abschließend des Aufbau des virtuellen Campus und die Einrichtung einer regionalen Ausbildungskooperation, beispielsweise durch die Einrichtung einer gemeinsamen Weiterbildungsakademie für kleine und mittlere Unternehmen, um sie für den internationalen Markt zu qualifizieren.

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion steht der Wunsch des Ausschusses, stärker an der Entwicklung der Konzepte und Erarbeitung der verschiedenen Projekte beteiligt zu werden. AL Kindsmüller schlägt vor, dem Parlament nach Abschluss des ersten Workshops im November, in dem konkrete Projekte erarbeitet werden sollten, einen schriftlichen Bericht zuzuleiten, sodass die Ergebnisse auch in die Beratungen des Parlamentes einbezogen werden könnten.

Abg. Rodust und Abg. Böhrk wünschen sich daneben noch mehr Informationen und eine engere Begleitung der Projekte durch den Europaausschuss. AL Kindsmüller erklärt, dass die Regierung den Europaausschuss gern zur nächsten politischen Konferenz einladen werde. Darüber hinaus könne man darüber nachdenken, zum politischen Treffen der STRING-Akteure am 10. Januar 2001 in Hamburg, bei dem die letzte Feinsteuerung für den Endbericht vorgenommen werden solle, eine Delegation aus Schleswig-Holstein zu entsenden, die aus einem Vertreter der Regierung und einem Vertreter des Parlaments bestehe.

Abg. Spoorendonk begrüßt die von AL Kindsmüller in seinem Bericht dargestellte Form der überregionalen Zusammenarbeit, mahnt aber auch an, dass neben diesem Konzept die traditionelle grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht zu kurz kommen dürfe. AL Kindsmüller erklärt, dass er eine solche Gefahr nicht sehe. In der Tat sei daran gedacht, die STRING-Projekte mit den Mitteln aus den Förderprogrammen INTERREG und sonstigen Fördermitteln der Europäischen Union zu finanzieren. Es gebe aber eine Absprache, dass man sozusagen die gleichen Maßnahmefelder, die auch

bei der so genannten klassischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine Rolle spielten, in Brüssel beantragen werde, sodass zum Beispiel die Region Sønderjylland, die sich bisher nicht an STRING beteiligt habe, sich an den verschiedenen Einzelprojekten, die aus dem STRING-Konzept hervorgingen, beteiligen könne.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/82

Beschlussvorlage der Abgeordneten des SSW
Umdruck 15/265

(überwiesen am 11. Mai 2000 an den Europaausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/138 und 15/276 neu

Der Vorsitzende berichtet über die Entscheidung des Innen- und Rechtsausschusses, dem Landtag die Annahme des in Umdruck 15/265 formulierten Antrages mit der Maßgabe zu empfehlen, das Wort „hilfreich“ in dem ersten und zweiten Absatz durch das Wort „erforderlich“ zu ersetzen.

Abg. Spoorendonk bringt ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass man, wenn alle Fraktionen diesem Antrag nun ihre Zustimmung erteilten, doch noch einen gemeinsamen Antrag hinbekommen habe, der dann im nächsten Plenum verabschiedet werden könne. Sie bittet den Vorsitzenden, im Zuge seiner Berichterstattung im Plenum den Antrag noch einmal zu begründen und die Gemeinsamkeit aller Fraktionen zu betonen.

In der anschließenden Abstimmung beschließt der Ausschuss einstimmig, den Antrag in der aus Umdruck 15/265 ersichtlichen Form mit den oben genannten Änderungen dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ostseekooperation

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/202

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/263

(überwiesen am 12. Juli 2000 zur abschließenden Beratung)

Abg. Lehnert trägt vor, dass kein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zustande gekommen sei, da die Verfasser der beiden vorliegenden Anträge doch in mehreren Punkten unterschiedlicher Auffassung seien.

Der Vorsitzende stellt daraufhin die beiden vorliegenden Anträge, Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/202, und Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/263, zur Ostseekooperation zur Abstimmung.

Abg. Behm erklärt, dass er den Antrag der CDU zwar für griffiger formuliert halte, bei Ablehnung dieses Änderungsantrages aber trotzdem dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen könne.

In der anschließenden Abstimmung wird zunächst der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/263, mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/202, wird danach mit den Stimmen von SPD, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Lehnert berichtet, dass er zur Vorbereitung der interfraktionellen Reise nach Großbritannien auch ein Informationspapier erhalten habe, in dem ein operationelles Programm für die Nordsee im Rahmen von INTERREG III B erwähnt werde. Er möchte wissen, ob dieses Programm inzwischen verabschiedet worden sei. AL Kindsmüller erklärt, dass bisher nur ein Entwurf existiere und noch nichts abschließend festgelegt worden sei.

Abg. Lehnert regt an, das Thema - einen Zwischenbericht über den Verfahrensstand - auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und bittet um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung dazu.

AL Kindsmüller informiert darüber, dass der Bereich operationelles Programm INTERREG Nordsee im MIR, in der Abteilung Landesplanung, angesiedelt sei und er die Bitte von Abg. Lehnert entsprechend weiterleiten werde. Er schlägt außerdem vor, dass der Ausschuss, wenn er das Thema auf die Tagesordnung setze, auch gleich über das in die Zuständigkeit der Staatskanzlei angesiedelte Projekt INTERREG Ostsee beraten solle, das demnächst fertig gestellt sei und über das deshalb umfassend berichtet werden könne.

Der Ausschuss äußert den Wunsch, regelmäßig über alle Aktivitäten in dem Bereich der europäischen Zusammenarbeit informiert zu werden und die Unterlagen, die Abg. Lehnert erwähnt habe, dem gesamten Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende schlägt vor, unabhängig von der Behandlung des Themas Förderprojekte INTERREG Nordsee und Ostsee Anfang nächsten Jahres das Thema Nordseekooperation auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen.

Abschließend weist er noch auf zwei **Termine** hin. Er bittet zum einen um Anmeldung der Mitglieder des Europaausschusses für die Sitzung des Ausschusses am 13. November 2000, die - wie verabredet - in Nordschleswig stattfinde. In diesem Zusammenhang weist er auf das von Frau Schmidt Holmländer auf der letzten Sitzung des Ausschusses verteilte Informationsschreiben hin, aus dem hervorgehe, dass die Sitzung am 13. November 2000 um 10:30 Uhr im Regierungskontor der Region Schleswig/ Sønderjylland beginnen werde.

Zum anderen informiert er über eine Veranstaltung der europäischen Bewegung, die diese gern mit dem Europaausschuss zusammen durchführen wolle, zum Thema Schwedens EU-Partnerschaft, die am 14. November 2000 um 19:00 Uhr stattfinden werde, und zu der den Abgeordneten noch eine persönliche Einladung zugehen werde.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 13:05 Uhr.

gez. Rolf Fischer

Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder

Geschäfts- und Protokollführerin